



Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen
des Nationalrats KVF-N
Per Mail an
kvf.ctt@parl.admin.ch
VL-Standesinitiative-TI@astra.admin.ch
CH-3003 Bern

Zürich, 29. September 2020

17.304 Standesinitiative. Sicherere Strassen jetzt!; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Frauen und Herren Nationalrätinnen und Nationalräte

Im Namen der Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren KSSD danke ich Ihnen für Einladung zur Teilnahme am eingangs erwähnten Vernehmlassungsverfahren.

Aus Sicht der KSSD ist die Stossrichtung der vorgeschlagenen Änderungen grundsätzlich zu begrüßen: Assistenzsysteme helfen, die Verkehrssicherheit zu verbessern.

Fast drei Viertel der Schweizer Bevölkerung lebt in Städten und städtischen Gemeinden. Das urbane Verkehrsgeschehen ist intensiv, das Strassennetz dicht. Dies schlägt sich auch in den Unfallzahlen nieder. Der vorliegende Gesetzentwurf zielt ab auf schwere Motorwagen auf ausgewählten Transitstrassen im Alpengebiet. Bei Unfällen mit grossen Fahrzeugen (Lastwagen, Lieferwagen, Gesellschaftswagen, Kleinbusse) wurden in der Schweiz im Zeitraum 2010-2019 innerorts 2129 Personen schwer verletzt oder getötet; auf allen Nationalstrassen zusammen waren es 708. Die Beschränkung von spezifischen unfallverhindernden Massnahmen auf die in Artikel 2 des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet genannten Strecken ist mit Blick auf die Statistik schwer nachvollziehbar. In den Schweizer Städten kommt es immer wieder zu Unfällen zwischen Lastwagen und Velos oder Fussgängerinnen und Fussgängern, die darauf zurückzuführen sind, dass der Chauffeur oder die Chauffeuse das Unfallopfer wegen des toten Winkels aus der Fahrzeugkabine schlicht nicht sehen konnte. Die Folgen sind meist gravierend. In der Stadt Zürich etwa wurden in zehn Jahren bei Unfällen mit Lastwagen, Lieferwagen und Bussen 43 Velofahrende und 76 Zufussgehende tödlich oder schwer verletzt. Assistenzsysteme wie Totwinkelkameras oder automatische Warngeräte können in Gefahrensituation, wie sie in der urbanen Schweiz Tag für Tag entstehen, Leben retten, allen beteiligten Personen grosses persönliches Leid und nicht zuletzt der Gesellschaft bedeutende finanzielle Schäden ersparen, die mit schweren Verletzungen wie beispielsweise einem Beinverlust einhergehen.



Die KSSD fordert aus diesem Grund, im Zuge der Umsetzung der Standesinitiative die nötigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit unfallvermindernde Assistenzsysteme, die solchen Rechtsabbiegeunfällen entgegenwirken, vom Bund zeitnah auch auf städtischen Strassennetzen für obligatorisch erklärt werden können.

Wie die Kommission im erläuternden Bericht erwähnt, müssen in den kommenden Jahren in der EU zunehmend neue Sicherheitssysteme in Transportmotorwagen eingebaut werden. Zu den künftig zwingend einzubauenden Technologien gehören Warnsysteme bei Müdigkeit, Geschwindigkeits-, Spurhalte- und hochentwickelte Notbrems-Assistenzsysteme, eine Schnittstelle für alkoholempfindliche Wegfahrsperrern, Kameras und Sensoren für die Rückwärtsfahrtsicherheit sowie eine Black-box zur Aufzeichnung von Unfalldaten. Für Lastwagen und Gesellschaftswagen sind zudem Vorgaben zur Verbesserung der direkten Sicht und zur Beseitigung toter Winkel geplant. Die KSSD fordert den Gesetzgeber dazu auf, diese Entwicklungen nicht passiv abzuwarten, sondern im Rahmen der völkerrechtlich verbindlichen Vorgaben rasch zu handeln.

Unsere weiteren Antworten sind dem beiliegenden Fragebogen zu entnehmen.

Ich danke Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren
Präsidentin

Barbara Günthard-Maier

Beilage: erwähnt

Kopien: - Justiz- und Sicherheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt
- Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie der Stadt Bern
- Direction de la sécurité et de l'économie Lausanne
- Dicastero Sicurezza e Spazi urbani della Città di Lugano
- Sozial- und Sicherheitsdirektion der Stadt Luzern
- Direktion Soziales und Sicherheit der Stadt St. Gallen
- Departement Sicherheit und Umwelt der Stadt Winterthur
- Sicherheitsdepartement der Stadt Zürich
- Schweizerische Vereinigung Städtischer Polizeichefs SVSP
- Städtevereinigung der Schutz- und Rettungsorganisationen